



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 23. Februar 2007 (26.02)
(OR. en)**

6705/07

**SOC 73
ECOFIN 88
EDUC 38**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
für den Europäischen Rat

Nr. Vordokument: 6096/07 SOC 51 ECOFIN 57 EDUC 27 + ADD 1

Betr.: **Kernbotschaften des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates**

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Kernbotschaften in der vom Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 22. Februar 2007 angenommenen Fassung, die dem Europäischen Rat im Hinblick auf seine Tagung am 8./9. März 2007 übermittelt werden.

KERNBOTSCHAFTEN

des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates

Der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) legt dem Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung folgende Kernbotschaften vor:

Aufforderung zur konkreten Umsetzung

1. Der zweigleisige Ansatz von Partnerschaft und politischer Reform, der der Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung zugrunde liegt, **zeigt erste positive Auswirkungen** auf dem Arbeitsmarkt. Die Strategie begünstigt durch ihren integrierten Ansatz politische Reformen bei horizontalen Themen und dementsprechend miteinander verknüpfte Maßnahmen. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts sind gleichrangige Ziele, die miteinander verbunden sind und sich gegenseitig bedingen.
2. Es besteht jedoch immer noch dringender Handlungsbedarf, da 17 Millionen Europäer nach wie vor ohne Beschäftigung sind und 20 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen; daher **müssen erhebliche Umsetzungslücken geschlossen werden**. Zur Verwirklichung der Lissabonner Ziele müssen dringend Fortschritte erzielt werden, damit die mit der Globalisierung und demografischen Alterung einhergehenden Herausforderungen bewältigt werden können. Die gemeinsamen sozialen Ziele der Mitgliedstaaten sollten im Rahmen der Lissabonner Agenda besser berücksichtigt werden, damit entscheidend gegen soziale Ausgrenzung und Armut angegangen werden kann. Die positiven Wirtschaftsprognosen bieten eine **günstige Gelegenheit**, die Reform zu intensivieren und die Modernisierung des europäischen Sozialmodells fortzuführen, um Angemessenheit und Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung der Gleichstellung von Mann und Frau sicherzustellen. Hier kommt den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle zu.
3. Im Hinblick auf eine strukturelle Verbesserung des Beschäftigungsmarktes sollten die Mitgliedstaaten Flexicurity (Flexibilität und Sicherheit) als Methode zur Erleichterung von Anpassungen und Übergängen verbessern, einen lebenszyklusorientierten Ansatz im Bereich der Beschäftigung fördern sowie Menschen am Rande des Arbeitsmarktes Perspektiven bieten und Investitionen in die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen fördern. Die länderspezifischen Empfehlungen werden diesbezüglich zu einer wirksamen Umsetzung beitragen. Um den sozialen Zusammenhalt weiter zu stärken, sollten die Mitgliedstaaten der Umsetzung umfassender politischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut, der Förderung der aktiven Eingliederung und zur Modernisierung der Rentensysteme sowie der Gesundheitsversorgungs- und Langzeitpflegesysteme Priorität einräumen.

Besser funktionierende Arbeitsmärkte

4. Für eine Förderung der Beschäftigung und eine Steigerung des Produktivitätswachstums müssen die Arbeitsmärkte besser funktionieren und die Arbeitsqualität gesteigert werden. Es bedarf umfassender politischer Maßnahmen, die Erwerbslosen einen Anreiz für den Eintritt in den Arbeitsmarkt geben und zu einer Steigerung der Anzahl der in der Wirtschaft geleisteten Arbeitsstunden führen, die bewirken, dass Arbeit im Rahmen moderner Sozialversicherungssysteme sich lohnt, die Umstrukturierungen erleichtern und die Anpassungsfähigkeit und die Weiterentwicklung der Fähigkeiten der Arbeitnehmer verbessern.
5. **Flexicurity** sollte die Übergänge zwischen den verschiedenen Abschnitten des Arbeitslebens erleichtern. Die internen und externen Komponenten von Flexicurity sollten einander verstärken, so dass die Modernisierung des Arbeitsrechts, Investitionen in Ausbildung und aktive Arbeitsmärkte, ein angemessener Sozialschutz und eine angemessene Einkommenssicherheit im Rahmen einer modernen Arbeitsorganisation gleichzeitig möglich sind. Auch zur Bewältigung des Problems der Prekarität, zur Reduzierung der Segmentierung des Arbeitsmarktes und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sollte Flexicurity einen Beitrag leisten. Hier kommt den Sozialpartnern eine wichtige Rolle zu. Die Mitteilung der Kommission zu Flexicurity dürfte einen guten Ausgangspunkt bieten, um auf der Grundlage von Flexicurity Wege aufzuzeigen, wie die richtige, auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts zugeschnittene Mischung von politischen Maßnahmen gefunden werden kann.
6. Ein verstärkter **lebenszyklusorientierter Ansatz** im Bereich der Beschäftigung sollte den Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern und zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie zur beruflichen Mobilität während des gesamten Berufslebens beitragen. Dies sollte die dringende Verbesserung der Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend, mehr Anreize für aktives Altern und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Umsetzung des Europäischen Pakts für die Gleichstellung der Geschlechter umfassen, damit eine höhere Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden kann. Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer sind größere Anstrengungen vonnöten.

7. Besonderes Augenmerk sollte den **Menschen am Rande des Arbeitsmarktes** gelten, um sicherzustellen, dass niemand zurückbleibt. Durch geeignete Anreize sollte Arbeit attraktiver gemacht werden als Sozialleistungen, damit sichergestellt werden kann, dass Arbeit und diesbezügliche Veränderungen sich auszahlen. Ein ausgewogener Ansatz könnte ferner aus individuell zugeschnittenen Maßnahmen, angemessenen Mindestlöhnen oder gezielten Lohnsteuersenkungen und der Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von qualitativ guten Arbeitsplätzen bestehen. Es müssen verstärkt Möglichkeiten für Geringqualifizierte geschaffen werden, beispielsweise durch die Entwicklung des Marktes für personenbezogene Dienstleistungen.
8. Das Ziel "mehr und bessere Arbeitsplätze" kann nur dann erreicht werden, wenn effektiv und effizient **in die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen investiert** und in Bezug auf das lebensbegleitende Lernen ein Durchbruch erzielt wird. Wenn die Innovation Früchte tragen soll, muss sie auf dem lebensbegleitenden Lernen aufbauen. In dieser Hinsicht ist die Anerkennung von nicht formaler und informeller Ausbildung von Bedeutung.
9. Wirtschaftsmigration ist ein Thema, das für den Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung gewinnt, und bei der Behebung von Arbeitskräftemangel relevant sein kann.

Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Modernisierung des Sozialschutzes

10. Die integrierte offene Koordinierungsmethode fängt an, in der Praxis stärkere Wirkung zu zeigen. Aufbauend auf den Feststellungen des *Gemeinsamen Berichts über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2007* sollten die Mitgliedstaaten und die Kommission jetzt nach Wegen suchen, um die **Integration und Sichtbarkeit des Prozesses**, seine Steuerung und das gegenseitige Lernen im Rahmen dieses Prozesses **weiter zu verbessern**. Die ersten Pläne zur Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege zeigen, dass auch diese Bereiche sich für einen politischen Austausch eignen.
11. Der **Bekämpfung der Kinderarmut** und der Verwirklichung der Chancengleichheit für alle Kinder muss Vorrang eingeräumt werden. Wenn hier Erfolge erzielt werden sollen, müssen umfassende Strategien entwickelt werden, die die verschiedenen Aspekte des Problems angehen, wie beispielsweise Qualität der Ausbildung, niedriges Familieneinkommen und Beschäftigungsstatus der Eltern, unzureichender Zugang zu Qualitätsdienstleistungen, u.a. zu angemessenem Wohnraum, und oft unzureichende Anerkennung der Rechte der Kinder.

12. Die **aktive Eingliederung** ist ein wirksames Instrument, um die soziale Integration und die Arbeitsmarktintegration durch eine Kombination von individualisierter Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration, Ausbildungsmaßnahmen und leicht zugänglichen, qualitativ hochwertigen sozialen Diensten zu fördern. Damit Erwerbsunfähige nicht noch stärker ins soziale Abseits gedrängt werden, sollte verstärkt auf ein angemessenes Mindesteinkommen für alle in Verbindung mit dem Grundsatz, dass Arbeit sich lohnen muss, geachtet werden. Für die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung von Migranten und ethnischen Minderheiten ist es erforderlich, bildungsbedingte Nachteile auszugleichen und die Sprachkompetenz zu fördern, aber auch Diskriminierung zu bekämpfen und Chancengleichheit zu fördern.
13. Bei der **Modernisierung der Rentensysteme** sollten neue Arbeitsformen und Laufbahnunterbrechungen stärker berücksichtigt werden. Die Auswirkungen der Reform auf die Angemessenheit der Renten müssen sorgfältig überwacht werden, um ältere Menschen (insbesondere Frauen) vor Armut zu schützen, einen angemessenen Lebensstandard zu sichern, unvorhergesehene Belastungen für die öffentlichen Finanzen zu vermeiden und das Vertrauen der Bürger zu bewahren. Die Systeme der betrieblichen und privaten Altersvorsorge sollten eine breite Abdeckung sicherstellen und keine Hindernisse für die Mobilität sowohl innerhalb eines Mitgliedstaates als auch zwischen den Mitgliedstaaten aufbauen.
14. Trotz der europäischen Bemühungen um einen allgemeinen Zugang zu einer hochwertigen **Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege** bestehen weiterhin Ungleichheiten. Ein wirkungsvollerer und effizienterer Einsatz der Ressourcen ist eine wesentliche Voraussetzung, um eine Nachhaltigkeit des Gesundheitswesens zu bewirken, ohne hohe Qualitätsstandards aufzugeben, und eine angemessene Versorgung für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen. Die Bevölkerungsalterung bedeutet, dass einige Länder ihr Langzeitpflegesystem reformieren, mit den erforderlichen Mitteln ausstatten und auf eine solide finanzielle Grundlage stellen müssen. Win-Win-Strategien könnten eine bessere Koordinierung zwischen Gesundheits- und sozialen Diensten, Prävention und Förderung eines gesunden Lebensstils sowie die Unterstützung nicht fachlicher Pflegepersonen und die Nutzung neuer Technologien, die es den Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu bleiben, umfassen.
15. Mit der Initiative des deutschen EU-Vorsitzes im Hinblick auf eine "Europäische Allianz für Familien" wird die Bedeutung eines verstärkten Gedanken- und Erfahrungsaustauschs über Familienpolitik hervorgehoben.